

Keine Aussicht auf Nachtfahrverbot

Bahnlärm Antwort des Verkehrsministeriums auf Anfrage des SPD-Ortsvereins

■ **VG Loreley.** Derzeit gibt es keine Aussicht auf Nachtfahrverbot und Tempolimit: „Wirtschaftlichkeit vor Menschenschutz“, so fassen die Sozialdemokraten die Antwort zusammen, die das Ramsauer-Ministerium dem SPD-Ortsverein St. Goarshausen-Patersberg zukommen ließ. Der Vorstand des SPD-Ortsvereins hatte in seinem Brief vom April 2013 an Bundesminister Ramsauer dargelegt, dass die Bewohner des Welterbes Oberes Mittelrheintal und auch die Touristen durch ein Nachtfahrverbot und Tempobegrenzung für den Schienengüterverkehr eine wirksame Entlastung erfahren würden. Die hohe Lärmbelastung, insbesondere in den Nachtstunden,

schädigt die Gesundheit, führt zu Dauerschäden und stelle letztlich Körperverletzung dar, so die SPD.

Der SPD-Vorstand bezog sich in seinem Brief auch auf die Mitteilung des Europa-Abgeordneten Norbert Neuser, nach der die Europäische Union Nachtfahrverbote für Güterzüge und auch Geschwindigkeitsbeschränkungen ermögliche. In der Antwort aus dem Verkehrsministerium wird diese Mitteilung als zutreffend bezeichnet. Aber, so wird in dem Antwortbrief weiter ausgeführt, „eine Betriebsbeschränkung – seien es Tempolimit oder Nachtfahrverbot – ist nach Wertung der Generaldirektion Verkehr unter Berücksichtigung aller Aspekte auf der Korri-

dorstrecke Rotterdam–Genua faktisch nicht umsetzbar.“ „Eine Benennung der Aspekte und deren Gewichtung, die zu der Wertung ‚faktisch nicht umsetzbar‘ führte, werden seitens des Antwortschreibers wohl absichtlich unterlassen“, folgert Alexander Klein, einer der Sprecher des Vorstandes.

„Wir stellen fest, die Möglichkeiten, ein Nachtfahrverbot und auch Tempobeschränkungen zu verfügen, sind gegeben. Es fehlt offenkundig der politische Wille des Ressortministers und der Bundesregierung. Der Schutz der Menschen und deren Gesundheit sind erkennbar weniger wichtig als wirtschaftliche Interessen“, so die Bewertung des SPD-Vorstandes.